

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 35 (1994)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Scheitern die Hoffnungen? : Die schöne neue Weltordnung  
**Autor:** Balogh, Elemér  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092877>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Die schöne neue Weltordnung

# Scheitern die Hoffnungen?

**Während der Zeiten, als das kommunistische System noch bestand, gab es viele schöne Hoffnungen auf eine neue Welt, in der die Prinzipien der Gerechtigkeit erstrebt und verwirklicht würden, sobald jene unheilvolle Weltideologie überwunden sein würde. Der Kommunismus hat inzwischen tatsächlich Schiffbruch erlitten. Doch wie steht es mit jenen schönen Hoffnungen von damals?**

Kaum war das kommunistische Weltsystem zusammengebrochen, kamen nicht nur die alten Gegensätze wieder zum Vorschein, sondern auch Bestrebungen, die eigenen, oft sinnlosen Interessen rücksichtslos durchzusetzen. Die Beispiele sind so zahlreich, sie alle aufzuzählen würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. So beschränken wir uns auf das ehemalige Jugoslawien und die ehemalige Sowjetunion.

## Jugoslawien als tragisches Beispiel

Aufgrund historischer machtpolitischer Gegebenheiten wurde erklärt, dass Jugoslawien erhalten werden müsse. Dies vorerst deshalb, weil Jugoslawien beziehungsweise im Ersten Weltkrieg Serbien der Verbündete der westlichen Alliierten war. Und daraus hatten die grossserbisch ausgerichteten Kräfte geschlossen, dass der Westen wohl nicht gegen sie vorgehen würde, wenn sie Jugoslawien im wesentlichen in der alten Machtstruktur, auch mit Gewalt, zu erhalten versuchten. Erst als klar wurde, dass die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens unvermeidbar war, haben die grossserbischen Machtpolitiker ihre Strategie geändert, indem sie zu retten suchten, was noch zu retten war, nämlich sich jene Gebiete einzuverleiben, wo Serben lebten, auch wenn sie dort nicht die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten.

Aber die gerechteste und zugleich praktischste Lösung, nämlich die Grenzen zwischen den Republiken innerhalb Jugoslawiens neu zu ziehen, und zwar so, dass so viele Kroaten in Serbien verbleiben sollten, wie Serben in Kroatien leben, was die beste Garantie für die Einhaltung der Minderheitenrechte gewesen wäre, kam nicht in Frage. Die bestehenden Grenzen sollten nicht verändert werden, und die Frage blieb offen, ob

denn diese Grenzen überhaupt so gerecht gezogen worden waren.

Dann ging es los in Bosnien-Herzegowina. Und die Westmächte, obwohl militärisch haushoch überlegen, übten keinen militärischen Druck aus. So gingen die Grausamkeiten weiter. Die serbische Führung liess sich auf jede Vermittlungsaktion ein, um Hoffnungen zu schüren und damit ein Eingreifen von aussen hinauszuzögern, derweil ihre militärische Lage immer günstiger wurde. Damit aber entstanden gute Aussichten, dass der Status quo die Ausgangsbasis für einen Friedensschluss bilden würde.

Diese schrecklichen Ereignisse beendeten einen Traum, eine Hoffnung. Vor drei Jahrzehnten, als der Massentourismus in Gang kam, gab es viele Theorien und schöne Träume, dass dadurch die Völker einander kennenlernen würden und dies das Misstrauen, die Feindseligkeiten untereinander abbauen, vielleicht sogar verunmöglichen würde. Kaum ein Land hatte im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl einen so grossen Tourismus. Und doch kam es in eben diesem Land zu solchen Grausamkeiten, die es in einem anderen Land mit weniger Tourismus nie gab.

Auch im tourismusreichsten Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, im Kaukasus, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen. Es ist allgemein bekannt, auch in Russland selbst, dass Stalin ein Massenmörder und Imperialist war, der auch dem russischen Volk grosse Leiden verursachte. Aber was dieser Verbrecher einmal geschaffen hatte, das sollte um jeden Preis erhalten bleiben. Ein charakteristisches Beispiel sind die Kurilen-Inseln, die die Sowjetunion am Ende des Zweiten Weltkrieges von Japan annektiert hatte. Und auch die Karpaten-Ukraine, die, abgesehen von der Zeit zwischen 1918 und 1938, zu Ungarn gehörte und überwiegend von Ungarn bewohnt war und ist, soll nach dem Willen der Ukraine weiterhin zu ihr gehören.

## Alte Freundschaften neu belebt

Eine weitere Sorge bereitet heute, dass nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wieder alte Freundschaften zwischen einigen Ländern aufgefrischt wer-

**Kaum war das kommunistische Weltsystem zusammengebrochen, kamen nicht nur die alten Gegensätze wieder zum Vorschein, sondern auch Bestrebungen, die eigenen Interessen rücksichtslos durchzusetzen.**

den. So im Falle Jugoslawiens, wo Frankreich aufgrund der alten Waffenbrüderschaft während des Ersten Weltkrieges die Serben unterstützt. Bei den Russen sind ähnliche Töne den Serben gegenüber zu hören, und dies aufgrund der panslawistischen Ideen und der Waffenbrüderschaft während des Ersten und des Zweiten Weltkrieges.

Ähnlich sieht es aus in den Beziehungen zwischen Frankreich und Rumänien aufgrund der vermeintlich bestehenden Verwandtschaft. Dies ist nachteilig für die demokratische Entwicklung und für die Lage der Menschenrechte und behindert das Zustandekommen einer gerechteren und besseren Weltordnung.

## Die Verantwortung der Völker

Es ist eine weitverbreitete Meinung, dass an all dem die Politiker schuld seien. Das ist fraglich. In Russland verhindert ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung eine gerechtere und zugleich praktische Lösung der Kurilen-Frage. In der Ukraine ist trotz Freiheit nichts darüber zu hören, ob die Lage in der Karpaten-Ukraine gerecht sei. Und bezüglich Rumänien droht mit der Unterstützung durch Frankreich die Stärkung der nationalistischen rumänischen Kräfte, die eine auch für die Ungarn gerechte und annehmbare Lösung verhindert; denn ohne Ausgleich zwischen den Ungarn und den Rumänen kann es in jenem Raum Europas zu keinem stabilen Frieden kommen.

Die Völker und die einzelnen Menschen sollten etwas dafür tun, dass die Politiker entsprechend handeln. Die Völker sollten nicht alles den Politikern überlassen und diese dann später für die Missstände und Tragödien verantwortlich machen. Vor allem aber sollten sie keine Forderungen an Politiker stellen, die realistische und gerechte Taten der Politiker behindern und einer auch von einzelnen Menschen und Völkern erwünschten besseren Weltordnung im Wege stehen. Die Politiker sind in den demokratischen Staaten letztlich von der Unterstützung des Volkes abhängig. Trotzdem sollten sie realistische, moralisch richtige und weitsichtige Lösungen durchsetzen — auch um den Preis, nicht wiedergewählt zu werden. *Elemér Balogh*

**Die Völker sollten keine Forderungen stellen, die einer besseren Weltordnung im Wege stehen. Und die Politiker sollten weitsichtige Lösungen durchsetzen — auch um den Preis, nicht wieder gewählt zu werden.**